

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Jan Korte, Steffen Bockhahn, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Roland Claus, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Raju Sharma, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7106, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012  
(Haushaltsgesetz 2012)**

**hier: Einzelplan 06  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern wird eine „Unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus“ eingerichtet. Als Betrag und Anschubfinanzierung werden hierfür 5 Mio. Euro eingestellt.

Berlin, den 21. November 2011

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

### **Begründung**

Vor dem Hintergrund der Mord- und Gewaltserie von Neonazis des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds und des ganz offensichtlichen Versagens der Verfassungsschutzbehörden ist es dringend erforderlich, die Beobachtung der rechtsextremen Szene auf eine neue Grundlage zu stellen. Es darf nicht länger den fragwürdigen Arbeitsmethoden des Verfassungsschutzes vorbehalten sein, die Öffentlichkeit über die Strukturen und Gefahren der extremen Rechten zu informieren.

Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keine zentrale Stelle, die die verstreuten Erkenntnisse zur Entwicklung der extremen Rechten unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten zusammenfasst und einschätzt. Dies meint eine Gesamtbetrachtung jenseits der eingeschränkten Aufgaben des Verfassungsschutzes.

Aufgrund der besorgniserregenden Entwicklung der extremen Rechten aber auch eines weit verbreiteten Rassismus und der zunehmenden Ausgrenzung minoritärer Gruppen ist eine solche unabhängige Beobachtungsstelle, die dem Deutschen Bundestag regelmäßig Bericht erstattet, nötig und überfällig. Während der Sicherheitsdiskurs zum Thema islamistischer Terrorismus allgegenwärtig ist und zu zahlreichen Verschärfungen der Sicherheitsmaßnahmen führte, werden die ganz realen und alltäglichen Bedrohungen für zahlreiche Menschen in diesem Land nur aus Anlass spektakulärer Übergriffe erwähnt. Von 1990 bis heute sind nach Recherchen unabhängiger Projekte und Journalisten über 140 Menschen von rechtsextremen Gewalttätern getötet worden. Diese alltägliche Gewalt unabhängig zu dokumentieren, ein realistisches Bild der Lage im Bereich Rechtsextremismus zu zeichnen und Vorschläge zur Prävention zu machen, sollen die Aufgaben der Beobachtungsstelle sein.